

verhandeln hatten, bemerkten übereinstimmend, daß sie den Fürsten von Bülow niemals ruhiger und entschlossener gefunden haben.

— **Österreich-Ungarn.** Im österreichischen Abgeordnetenhaus hat der österreichische Ministerpräsident Frhr. v. Beck die Einmischung österreichischer Abgeordneter in die innere deutsche Politik anlässlich der preußischen Ostmarkenvorlage offiziell genehmigt. Unter lebhaftem Beifall erklärte er, daß derartige Ausfälle, wie sie in dem Hause gegen fremde Regierungen gerichtet waren, besonders ungünstig gegenüber verbündeten und befreundeten Staaten seien. Eine Anzahl deutscher Reichstagsmitglieder hat beim Ministerpräsidenten eine scharf gehaltene Intervention wegen der deutschfeindlichen Ausschreitungen der österreichischen Polen eingebracht.

— **Rußland.** Petersburg, 5. Dezbr. In der vornehmen Straße Tschlusskoje wurde heute nacht in einer eleganten Wohnung eine weit verzweigte Verschwörung entdeckt. Die Polizei hatte Kenntnis davon erhalten, daß sich in diesem Hause allmählich verdächtige Personen versammeln, die den besten Gesellschaftskreisen angehören. Heute nacht wurde das Haus umzingelt. Der Chef des Polizeimeisters begab sich, gefolgt von einem Offizier und mehreren Kosaken, in die Wohnung, erzwang den Eintritt und erklärte die ganze Gesellschaft für verhaftet. Die Angaben über die Zahl der Verhafteten schwanken. Die Polizei fanden die Pläne der Verschwörer in die Hände, darunter eine Liste von hohen Beamten, die von den Verschwörern zum Tode verurteilt wurden, sowie fertig ausgearbeitete Dispositionen über zu veranstaltende Aufstände.

— **Schweden.** Das Svenska Telegrambyran meldet: König Oskars Kräfte seien in der letzten Zeit infolge unruhigen Schlafes geschwächt. Deshalb hätten ihm die Ärzte angeraten, die Regierungsgeschäfte für einige Zeit abzugeben. Der Kronprinz ist daher zum Regenten während der Krankheit des Königs ernannt worden.

— **Frankreich.** Die Untersuchung wegen des Verlustes der "Patrie" hat nach einer halbamtlichen Meldung der Agence Havas ergeben, daß niemanden eine Verantwortung trifft. Kriegsminister Picquart wird der Kammer den Bericht der Militärbehörden mitteilen.

— Der französische Kriegsminister zieht die Schaffung von zwei neuen algerischen Armeekorps mit Einziehung der eingeborenen Araber in Erwagung.

— **Marokko.** Von den Riffabalen wurde, wie nach einer marokkanischen Quelle ein Telegramm der Deutschen Kabelgramm-Gesellschaft aus Tanger meldet, der heilige Krieg erklärt. Die Riffabalen haben sich mit dem Kronpräidenten Nogi verbündet, ebenso wie die aufständischen Stämme in der Umgebung von Casablanca mit den Anhängern Mulay Hafids verbündet sind. — Der französische Gefandte in Tanger Regnault, wird nach einer Drahtnachricht aus Paris demnächst nach Paris kommen, um mit dem Minister des Neuzugs Pichon über die marokkanischen Angelegenheiten zu verhandeln.

— Gerüchtweise wird aus Volla Marna telegraphiert, daß in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag das Lager von Martinprey an der algerisch-marokkanischen Grenze von den Marokkanern angegriffen worden sei. Es habe sich ein heftiger Kampf entwunden, in dem auf französischer Seite fünfzehn Mann getötet oder verwundet worden seien. Andererseits meldet der Spezialberichterstatter des Matin, daß eine Abteilung der Beni-Snassen an den General Lyautaud die Anfrage gerichtet hätte, unter welchen Bedingungen ihre Unterwerfung angenommen werden würde. Es sei ihnen geantwortet worden, daß von Bedingungen keine Rede sein könne und der ganze Beni-Snassen-Stamm sich bedingungslos unterwerfen müsse. Weitere Führer der Beni-Snassen wollen angeblich nach Udscha kommen, um dem General Lyautaud ihre Absicht fundzugeben.

— **Südafrika.** Wie ein Telegramm der Deutschen Kabelgramm-Gesellschaft meldet, ist infolge des Ernstes der Lage im Zululand die Miliz von Natal dorthin abgegangen und die Reserve beordert worden, sich bereit zu halten. Die Kapkolonie und Transvaal bieten Hilfe an. Die Presse empfiehlt, die Häuplinge gegen gute Versorgung aufzusezen und über jeden Eingeborenenstamm einen zuverlässigen Magistrat zu setzen.

#### Lokale und sächsische Nachrichten.

— **Görlitz.** Görlitz, 6. Dezember. Nachdem am 16. November das Hauptgebäude des ehemals Dörfel'schen Gutes in der Nähe der Waldschänke, jetzt dem Tischler Louis Schönfelder gehörig, niedergebrannt ist, wurden gestern in der 4. Nachmittagsstunde auch die beim letzten Brande verschont

gebliebene Scheune und das Nebengebäude ein Raub der Flammen.

— **Görlitz.** Görlitz, 6. Dezember. Neuerwerbungen industrieller Erzeugnisse sind heute in unserer Vorländerfamilie wieder zur Ausstellung gekommen. Die Ausstellung ist täglich zum Besuch für Jedermann unentgeltlich geöffnet.

— **Görlitz.** Görlitz, 6. Dezember. Das gestrige zweite Kammerkonzert erfreute sich gegenüber den anderen Konzerten eines guten Besuches. Die Darbietungen waren vorzüglich. Wir behalten uns vor, in einer der nächsten Nummern näher darauf einzugehen.

— **Görlitz.** Görlitz, 6. Dezember. Infolge der Glätte, welche gestern herrschte, hätte leicht ein folgenschweres Unglück passieren können. Die Herren Oberförster Döring und Simmig, welche im Gefolge von hier nach Blaenthal fuhren, reiteten sich durch einen Sprung von dem auf der abschüssigen Chaussee ins Gleiten gekommenen Wagen und zogen sich leichte Verletzungen zu. Der Kutscher, welcher beim Umstellen des Wagens unter diesen zu liegen kam, wurde ebenfalls nur leicht verletzt. Der Wagen selbst ist zertrümmt.

— **Dresden.** Dresden, 6. Dezember. Durch mehrere Blätter geht jetzt eine Meldung, daß ein hiesiger Fleischermeister, der als anscheinend Toter in eine hiesige Leichenhalle gebracht worden sei, dort wieder zum Leben erwacht wäre. Nach anständiger Stelle eingezogener Erfundung entbietet diese Nachricht jedes Begründung.

— **Riesa.** Riesa, 6. Dezember. Der Bankier Kurt Messe wurde wegen Unterfliegung ihm anvertrauter Deposits in Höhe von ca. 33 500 M. vom Reg. Landgericht Dresden zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrenstrafe verurteilt.

— **Schwarzenberg.** Schwarzenberg, 6. Dezember. Eine Abordnung aus hiesiger Stadt erhielt in Dresden die Zusicherung,

dass auf eine Verlegung der Amtschauplatz nach Aue, wie dies in der letzten Zeit von dort aus angestrebt wird, nicht gedacht werde.

#### Weitere sächsische Nachrichten in der 1. Beilage.

#### Vom Landtag.

Dresden, 6. Dezember. St. C. Wie zu erwarten war, zeigte sich eine außerordentlich lebhafte Teilnahme des Publikums für die heutige Sitzung der Zweiten Kammer, denn sämtliche Tribünen waren überfüllt, obgleich man die Vorsicht gebraucht hatte, den Zutritt nur gegen Karten zu gestatten. Diese aber waren sehr rasch vergessen, sodass zahlreiche Besucher unverrichteter Sache wieder umsehen mussten. Auf der Tagessordnung stand die allgemeine Beratung des Königlichen Kreises R. 12, betreffend die Abänderung des Wahlrechts für die zweite Ständekammer. Zunächst nahm Dr. Grotellus den Herrn Minister des Innern, Dr. Graf v. Höhenthal das Wort zu einer Erklärung, in der er unter anderem sagte: Meist, als er auf seinen Posten berufen worden sei, habe er den Allerhöchsten Auftrag erhalten, einen Bericht zur Lösung des Wahlrechtsproblems zu machen. Er habe diese Aufgabe für eine dankbare gehalten. Sie habe aber zwei Seiten und gleich als er mit seinem Vorstellung in die Debatte getreten sei, seien von allen Seiten einer scharfen Kritik unterzogen worden. Man habe ihm auch Nebenwellen gegen die konservative Partei vorgeworfen. Wie er glaube, sehr mit Unrecht. Auch den Vorwurf, die Vorlage zeige in allen Teilen Furcht vor der Sozialdemokratie, wies Redner entschieden zurück. Die Regierung halte sich nicht für unschuldig und werde Verbesserungsvorschläge gewissenhaft und eingehend prüfen. Die eine Verantwortung aber werde sie nicht tragen können, diejenige nämlich, daß auch in diesem Landtag ein erprobtes Resultat nicht erreicht werde. Die Beurtheilung über das noch ungelöste Wahlrechtsproblem, die im Lande herrsche, müsse so schnell als möglich befehligt werden und er hoffe, daß die Regierung und die Kammer auf der Grundlage des Entwurfs zu einer Einigung gelangen würden. Herr Geh. Regierungsrat H. in K. gab verschiedene Erklärungen zu dem vorliegenden Wahlrechtsentwurf, der zwei sehr verschiedene Aufgaben zu lösen habe. Auf der einen Seite sei bestrebt, möglichst zahlreichen Staatsbürgern durch die Wahl Einfluß auf die Regierung zu gewähren, auf der anderen solle es die Wahl so leicht Abgrenzen ermöglichen, die nicht bloß den guten Willen, sondern auch die Verständigung zu diesem Ante hättent. Diese beiden Aufgaben seien in einem Wahlrecht nicht zu lösen. Es sei deshalb dazu geprägt worden, zwei Wahlsysteme in Anwendung zu bringen, die Wahl nach Kommunalverbänden und die Verhältniswahl. Das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht sollte nicht in Frage kommen, solange noch Bildung und Besitz in der Kinderzahl seien. Bischöflichend Dr. O. (L.) erklärte alsdann namens seiner Partei, daß sie eine Aenderung des Wahlrechts für die Zweite Kammer ebenfalls für wünschenswert erachte. Sie erkenne auch mit Dank an, daß die Königliche Staatsregierung hierzu mit ihrer Vorlage die Initiative ergriffen habe und werde den Bevölkerungen der Staatsregierung, ein für unser Volk geeignetes Wahlrecht zu schaffen, ihre volle Unterstützung gewähren, und sie werde bei den Beratungen bestrebt sein, zwischen dem zu unterscheiden, was der Zweck der Staatsregierung sei; mit dem seine Partei völlig übereinstimme und welche Vorschläge also Mittel zur Errreichung dieses Zwecks zu dienen hätten. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen unterwarf der Redner die Vorlage der Regierung einer eingehenden Kritik und verholt in keiner Weise die Bedenken, die er und seine Freunde gegen die Wahl durch Kommunalverbände und die Verhältniswahl hegen. Der Redner beantragte, das Dekret R. 12 einer außerordentlichen, aus 21 Mitgliedern bestehenden Zwischen-deputation zur Vorberatung zu übertragen. Regierungskommitté Geh. Regierungsrat H. in K. stellte eine Neuerung des Vorredners richtig. Abg. Schied (L.) sprach sich gegen Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für den Landtag aus, degradierte es mit Freuden, daß die Regierung das Pluralwahlrecht mit inbegriffen gezeigt habe. Bedenken habe seine Partei gegen die Wahl nach Kommunalverbänden,

sowie gegen die vorgeschlagene Wahlkreiseinteilung. Die Trennung zwischen städtischen und ländlichen Wahlkreisen müsse befehligt werden. Abg. Günther (L.) behauptet, daß die an den Ministerwechsel getätigten Hoffnungen des ländlichen Volkes auf Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts sich nicht erfüllt hätten. Den Regierungsentwurf teilte der Redner ebenfalls einnehmend. Er wolle beweisen, daß nur wirtschaftlich reich Menschen in den Landtag können, ohne Rücksicht auf politische Partei zu nehmen. Dr. Redner, könne sich weiter mit dem Kommunal- noch den Verhältniswahlen befrieden. Der Gauwurf und dessen Begründung deckten sich nicht. Schließlich bestwirkt der Redner noch seinen Antrag auf alljährliche Eiderung des Landtages. Diese Ausführungen trat Dr. Grotellus der Herr Staatsminister v. Höhenthal entgegen und erklärte, der leichtwähnige Antrag Günthers sei für die Regierung unannehbar. Er hoffe, daß die Deputationsverhandlungen ein befriedigendes Ergebnis zeitigen würden. Abg. Bismarck (L.) sprach sich gegen die Wahl durch Kommunalverbände aus, sowie gegen die Verteilung der Stimmen bei der Verhältniswahl. Er verlangte ein Wahlrecht, bei dem volle politische Freiheit garantiert werde. Auch müsse die Wahlpflicht eingeführt werden. Abg. Goldstein (S.) sprach sich entschieden gegen den Entwurf aus und nähm nochmals Stellung. Dr. Grotellus der Herr Staatsminister Graf v. Höhenthal, ferner die Abg. Spiesch (L.), Bleher (L.) und Dr. Bräuer (L.) gesprochen hatten, wurde die Weiterberatung auf Donnerstag verlängert.

Wegen Raumangst mußte der Bericht über die Sitzung vom 6. Dezember für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

#### 1. Sitzung 1. Klasse 153. Königl. Sächs. Landes-Lotterie gezogen am 4. Dezember 1907.

20 000 Mark auf Nr. 71197. 5000 Mark auf Nr. 64484. 3000 Mark auf Nr. 10708. 27056. 61257. 65982. 98248. 2000 Mark auf Nr. 450. 34847. 51887. 79231. 1000 Mark auf Nr. 4833. 11897. 27558. 28188. 29750. 81589. 84768. 58834. 61980. 78542. 75321. 91345.

500 Mark auf Nr. 201. 1200. 1022. 1028. 19836. 20776. 25759. 32978. 84982. 86048. 43596. 44057. 44407. 46140. 46894. 50148. 50079. 51015. 52320. 53386. 57150. 57827. 58004. 60045. 60242. 67932. 74295. 77511. 84366. 87271. 91610.

2-0 Mark auf Nr. 1303. 3488. 4482. 5529. 5738. 6081. 7089. 7238. 8498. 8800. 8826. 11140. 12641. 13009. 13791. 14165. 15001. 15873. 16510. 16699. 18933. 19098. 19627. 19723. 19888. 19960. 22257. 22708. 23211. 28744. 28978. 29079. 29775. 31414. 31497. 32067. 33002. 33423. 33823. 34253. 35333. 38174. 41399. 41531. 41960. 42275. 42891. 44529. 44823. 45707. 47877. 49076. 49228. 49654. 49860. 50680. 51704. 53187. 53830. 54049. 56091. 57114. 60874. 68700. 71621. 72900. 74722. 75211. 76114. 76464. 78591. 80209. 81508. 81779. 82625. 84282. 84660. 86047. 86108. 86041. 85943. 86254. 86333. 87035. 88098. 88352. 88670. 90883. 98240. 98348. 98378. 94531. 94710. 96647. 97873. 98207. 98610. 99017.

#### Wettervorhersage für den 7. Dezember 1907.

Ziemlich trüb und regnerisch, böige Westwinde, etwas kühler.

#### Neueste Nachrichten.

— Berlin, 6. Dezember. Unter der Überschrift "Fürst von Bülow und die innere Krise" schreibt der "Vok. Anz.": Die Hoffnung, daß die von den Blockparteien abgegebene Erklärung zu einer Verständigung zwischen dem Block und der Regierung führen werde, kann nach Ansicht des Reichskanzlers als erfüllt betrachtet werden. Es sieht nicht zu erwarten, daß Fürst von Bülow noch zu einer besonderen feierlichen Erklärung das Wort nehmen wird, da er bereits in seiner Rede vom 30. November dieses Jahres über die innere Politik alles ausführte, was er im gegenwärtigen Augenblick zu sagen hat. In der gestrigen Erklärung der Blockpartei hat man lediglich die Zustimmung und das Einverständnis mit den Ausführungen des Reichskanzlers zu sehen. Die Kundgebung war notwendig, weil die in den letzten Tagen hervorgetretenen Störungen unter den Mehrheitsparteien es zum mindesten zweifelhaft erscheinen ließen, ob der Vok noch existiere.

— Karlsruhe, 6. Dezember. Das von dem Vertheidiger des vor einigen Tagen zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigten Rechtsanwalts Hau beantragte Wiederaufnahmeverfahren ist abgelehnt worden. Rechtsanwalt Dr. Diez hat wegen dieses Beschlusses Beschwerde beim Oberlandesgericht eingelegt.

— Budapest, 6. Dezember. Die hiesige Polizei war von Genf aus unterrichtet worden, daß Anfang November vier Anarchisten unter Führung eines gewissen Gründer nach Österreich oder Ungarn abgereist sind, um einen Anschlag gegen den Thronfolger, Erzherzog Franz Ferdinand, auszuführen. Bisher ist keiner der Anarchisten in der Monarchie gesehen oder gar verhaftet worden.

— London, 6. Dezember. Wie die "Tribune" aus London meldet, sind von den 20000 Pfund Sterling, die Raisuli für die Freilassung Macleans erhalten soll, 25000 Pf. bereits bar ausgezahlt worden unter der Bedingung, daß Raisuli seine Operationen auf die Provinz Flaubus beschränkt. Entgegen den englischen Meldungen ist es nicht wahrscheinlich, daß Maclean bereits in den nächsten Tagen aus dem Gefängnis entlassen wird.

— **London.** London, 6. Dezember. Wie die "Tribune" aus

London meldet, sind von den 20000 Pfund Sterling, die Raisuli für die Freilassung Macleans erhalten soll, 25000 Pf. bereits bar ausgezahlt worden unter der Bedingung, daß Raisuli seine Operationen auf die Provinz Flaubus beschränkt. Entgegen den englischen Meldungen ist es nicht wahrscheinlich, daß Maclean bereits in den nächsten Tagen aus dem Gefängnis entlassen wird.

— **London.** London, 6. Dezember. Wie die "Tribune" aus

London meldet, sind von den 20000 Pfund Sterling, die Raisuli für die Freilassung Macleans erhalten soll, 25000 Pf. bereits bar ausgezahlt worden unter der Bedingung, daß Raisuli seine Operationen auf die Provinz Flaubus beschränkt. Entgegen den englischen Meldungen ist es nicht wahrscheinlich, daß Maclean bereits in den nächsten Tagen aus dem Gefängnis entlassen wird.

— **London.** London, 6. Dezember. Wie die "Tribune" aus

London meldet, sind von den 20000 Pfund Sterling, die Raisuli für die Freilassung Macleans erhalten soll, 25000 Pf. bereits bar ausgezahlt worden unter der Bedingung, daß Raisuli seine Operationen auf die Provinz Flaubus beschränkt. Entgegen den englischen Meldungen ist es nicht wahrscheinlich, daß Maclean bereits in den nächsten Tagen aus dem Gefängnis entlassen wird.

— **London.** London, 6. Dezember. Wie die "Tribune" aus

London meldet, sind von den 20000 Pfund Sterling, die Raisuli für die Freilassung Macleans erhalten soll, 25000 Pf. bereits bar ausgezahlt worden unter der Bedingung, daß Raisuli seine Operationen auf die Provinz Flaubus beschränkt. Entgegen den englischen Meldungen ist es nicht wahrscheinlich, daß Maclean bereits in den nächsten Tagen aus dem Gefängnis entlassen wird.

— **London.** London, 6. Dezember. Wie die "Tribune" aus

London meldet, sind von den 20000 Pfund Sterling, die Raisuli für die Freilassung Macleans erhalten soll, 25000 Pf. bereits bar ausgezahlt worden unter der Bedingung, daß Raisuli seine Operationen auf die Provinz Flaubus beschränkt. Entgegen den englischen Meldungen ist es nicht wahrscheinlich, daß Maclean bereits in den nächsten Tagen aus dem Gefängnis entlassen wird.

— **London.** London, 6. Dezember. Wie die "Tribune" aus

London meldet, sind von den 20000 Pfund Sterling, die Raisuli für die Freilassung Macleans erhalten soll, 25000 Pf. bereits bar ausgezahlt worden unter der Bedingung, daß Raisuli seine Operationen auf die Provinz Flaubus beschränkt. Entgegen den englischen Meldungen ist es nicht wahrscheinlich, daß Maclean bereits in den nächsten Tagen aus dem Gefängnis entlassen wird.

— **London.** London, 6. Dezember. Wie die "Tribune" aus

London meldet, sind von den 20000 Pfund Sterling, die Raisuli für die Freilassung Macleans erhalten soll, 25000 Pf. bereits bar ausgezahlt worden unter der Bedingung, daß Raisuli seine Operationen auf die Provinz Flaubus beschränkt. Entgegen den englischen Meldungen ist es nicht wahrscheinlich, daß Maclean bereits in den nächsten Tagen aus dem Gefängnis entlassen wird.